

„Bosische Zeitung“

in Nr. 88 vom Sonntag, den 21. Februar 1926.

Die Kommunen gegen die staatliche Elektrizitätswirtschaft.

Im Ruhrgebiet macht sich zurzeit eine Stellungnahme gegen den wachsenden Einfluß des Preußischen Staates auf die Elektrizitätsversorgung bemerkbar. Bereits vor einiger Zeit veröffentlichte der „Rheinisch-Westfälische Pressedienst“ recht scharfe Ausführungen gegen die Sozialisierungsversuche des Preußischen Staates und nunmehr haben auch die kommunalen Vertreter im Aufsichtsrat des R. W. G. eine Entschliebung gefaßt, in der sie zum Ausdruck bringen, daß die kommunalen Vertretungen die weit überwiegende Mehrheit im Aufsichtsrat und auch die Kommunen eine vertraglich gesicherte Mehrheit in der G.-V. haben. Das R. W. G. sei dadurch zu einem Gemeinschaftswerk für die Elektrizitätsversorgung mit überwiegend kommunalem Einfluß geworden. Es vermag in technisch richtiger und durchaus wirtschaftlicher Form allen

aus ihrem Versorgungsbereich an sie herantretenden Ansprüchen zu genügen. Die beteiligten Kommunen erblicken in dem neuerlichen Vorgehen des preußischen Handelsministeriums mit dem Ziele weitgehender Einflußnahme auf die Elektrizitätswirtschaft des Westens unter möglicher Zurückdrängung des R. W. G. nicht eine Förderung, sondern eine Beeinträchtigung der Elektrizitätswirtschaft. Der Eingriff in bestehende Unternehmungen, wie insbesondere der kostspielige Erwerb der Braunkohlenindustrie A.-G. „Zukunft“, sei nicht geeignet, den Zusammenschluß zu fördern, und es ist nicht einzusehen, wie dadurch eine Verbilligung der Elektrizitätswirtschaft eintreten könne. Die Vertreter der beteiligten Kommunalverbände erwarten unter diesen Umständen, daß die bisherige Politik aufgegeben und in baldige und ernsthafte Verhandlungen zum Zwecke einer verständigen und vernünftigen Abgrenzung der Aufgaben eingetreten wird.

„Deutsche Allgemeine Zeitung“

in Nr. 87 vom Sonntag, den 21. Februar 1926.

Ämtliche Elektrizitätswirtschaft.

Die starke Initiative Preußens.

Als vor einigen Wochen die Vorlage über die Bereitstellung von 150 Millionen Mark zur Finanzierung verbender Anlagen an den Preußischen Landtag kam, wurde mitgeteilt, daß unter den bereits aus Budgetüberschüssen (ohne Befragung des Landtages) verausgabten 70 Millionen Mark ein Betrag von 29,1 Millionen Mark für den Ausbau der staatlichen Elektrizitätswerke verausgabt worden sei. Und zwar für das preußische Kraftwerk Oberweser A.-G. 12,9 Millionen Mark, für das Großkraftwerk Hannover A.-G. 6,9 Millionen Mark, für die Großkraftwerke Main-Weser 5 Millionen Mark, für Ueberlandwerk Oberschlesien 0,9 Millionen Mark und für das Ostpreußenwerk A.-G. 3,5 Millionen Mark. Weiterhin wurde damals mitgeteilt, daß von jenen 65 Millionen Mark, welche Preußen im Jahre 1925 als Entschädigung für laut Friedensvertrag abgetretenes Staats Eigentum vom Reiche erhalten hatte, 21 Millionen Mark aufgewendet wurden für den Ankauf von 12 Millionen Mark nominell Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerksaktien und einem Majoritätsposten (6,4 Millionen Mark nominell von insgesamt 8 Millionen Mark) der Siemens-Elektrischen Betriebe A.-G. in Hamburg, die jetzt Norddeutsche Kraftwerke A.-G. firmieren. Nicht aus der Denkschrift bezeichnenderweise, sondern so nebenher und zum Teil aus privaten Mitteilungen erfuhr man dann, daß der Preußische Staat für die Aktien der Siemens-Elektr. Betriebe 125 Prozent an die Großaktionäre bezahlt hat (bei einem damaligen Börsenkurs von 66 Prozent!), während er das 12-Millionen-Mark-R.-W.

G.-Paket aus der Stinnesmasse zum zivilen Preis von 12½ Millionen Mark erworben hat. (Der Kurs der R.-W.-A. lag damals, Anfang August, gerade um pari; heutiger Kurs übrigens etwa 122 Prozent.) Aus Mitteln dieser 150-Millionen-Mark-Anleihe sollen nun, nach jenen schon für Elektrizitätszwecke verausgabten 29,1 plus 21 Millionen Mark, ferner 21,2 Millionen Mark Verwendung finden. Die Summe verteilt sich über die schon oben genannten fünf Werke (Oberweser 7, Hannover 3, Main-Weser 4, Oberschlesien 1 und Ostpreußen 2½ Millionen Mark) noch über folgende drei Werke: Lahnkraftwerke (1,3 Millionen Mark) Hessen-Nassauische Ueberlandzentrale (0,4 Millionen Mark) und Rhein-Main-Donau A.-G. (2 Millionen Mark). — Nun liegt neuerlich dem preußischen Staatsrat, noch nicht dem Landtag, ein Gesetzentwurf vor, der das Staatsministerium ermächtigen soll, „für die Ausgestaltung des staatlichen Besitzes an Elektrizitätsunternehmungen einen Betrag von 53,82 Millionen Mark zu verwenden.“ Dieser Betrag soll nach den Meldungen einer Korrespondenz wieder über fünf der oben genannten Werke verteilt werden, und zwar soll den Löwenanteil wohl das Großkraftwerk Main-Weser erhalten, während als neuntes zu alimentierendes Werk das Großkraftwerk Erfurt A.-G. figuriert. — Ganz abseits von diesen Plänen bzw. dieser Vorlage kam dann kürzlich die Nachricht, daß der Preußische Staat die Dreiviertelmehrheit des Aktienkapitals der Braunkohlenindustrie A.-G. Zukunft in Weisweiler erworben habe. Den Antrieb zu diesem Kauf bildete die von dem Braunkohlenunternehmen nebenbei betriebene Elektrizitätswirtschaft, durch welche die Kreise Aachen, Düren, Jülich,